

Karenz-Umbau jetzt

Das System der Familienförderung geht an der Realität vorbei

Gerfried Sperl

Der Sozial- und Wirtschaftsforscher Bernd Marin hat die Ausweitung des Karenzgeldes „auf alle“ als „Familienkommunismus“ bezeichnet. Das ist richtig und falsch zugleich.

Mehr als fünftausend Schilling beträgt das Karenzgeld in Österreich. Die dahinterliegende Idee stammt aus einer Zeit, als das traditionelle Familienbild dominierte. Der Vater als Alleinerhalter, die Mutter als Hausfrau und Erzieherin. Als Entschädigung für den Ausfall der (noch nicht häufigen) Berufstätigkeit der Frau wurde das Karenzgeld eingeführt.

Heute ist das Karenzgeld nicht viel mehr als eine Mütterprämie. Es wurde wegen des gewandelten Familienbildes auf die Männer ausgedehnt. Wegen der selbst in linken Zirkeln wieder modern gewordenen mehrjährigen Stillzeiten entstand Sympathie für einen längeren Anspruchszeitraum. Mit zwei Schwächen.

Erstens: Als Prämie müßte dieses Geld auch den Bäuerinnen, Studentinnen, jungen Unternehmerinnen und vor allem den vielen Freischaffenden in der Kultur gezahlt werden. Das ist kein „Kommunismus“, die ÖVP liegt richtig – angesichts der relativ niedrigen Kosten und angesichts der Tatsache, daß Länder und Städte (darunter Graz) solche „Ausgleichszahlungen“ ohnehin schon leisten oder planen.

Zweitens jedoch ein Argument, das Marins These unterstützt und überhaupt eine Systemänderung nahelegt: Bis zu siebenjährige, beihilfengestützte Abwesenheit vom Beruf erschwert den Wiedereintritt derart, daß die gute Absicht zum Riegel wird. Wie soll eine Wissenschaftlerin da noch einen geordneten Übergang finden? Wie soll das eine Managerin schaffen? Die sogenannte Flexibilität – in der Regierungsklausur von Bad Aussee beschlossen – ist genauso wie die Unterstellung eines massenhaft auftretenden, karenzgeilen Hausmannes nur realitätsferne Theorie. Derzeit jedenfalls.

Den Politikern, vor allem den Frauen unter ihnen, kann

attestiert werden, daß sie sich um Verbesserungen und Erleichterungen bemühen. Aber halt nur im Rahmen des alten Systems. Und selten nach den wirklichen Erfordernissen der Arbeitswelt.

Marin sagt, daß ein Karenzgeld, das diesen Namen verdient, nach dem Versicherungsprinzip organisiert sein sollte, etwa 15 Monate ausbezahlt werden und über 20.000 Schilling monatlich ausmachen müßte. So könnte eine Konzentration beider Eltern auf die ganz frühe Lebenszeit eines Kindes gefördert werden.

Das ist ein moderner Ansatz, der sowohl der heutigen Familienstruktur als auch den Erfordernissen der Arbeitswelt entspricht. Der Staat

sollte die Rahmenbedingungen schaffen. Die guten Betreuungssysteme in sehr gute verwandeln und den kleinen bis mittleren Betrieben helfen, durch eigene Sozialinitiativen die Mütter zu entlasten. Das politische Feilschen um Karenzmonate und Beihilfenschillinge jedoch ist oft genug unerträglich. Denn es riecht immer nach vorgezogenem Wahlkampf.

Bei einer kürzlich vom steirischen ÖAAB abgehaltenen Expertentagung wurde die Debatte um das Karenzgeld auch in einen Zusammenhang mit der Arbeitsplatzfrage gestellt. Mit einigen bekannten und einigen erstaunlichen Ergebnissen.

Zum Beispiel: Wir wissen, daß schlecht gebildete Frauen

mit mehreren Kindern oft in die Armutsfalle geraten. Die Karenzvarianten lassen die Falle nicht wirklich zuschnappen, bringen aber auch keine Lösung. Denn die Frauen gewöhnen sich an ein subventioniertes Dasein – ohne Arbeit.

Zum Beispiel: Seit der Kreisky-Ära ist die Pensionsdauer durchschnittlich von 14 auf 24 Jahre gestiegen. Im Jahr 2030 werden auf 100 Arbeitnehmer bereits 101 Pensionisten kommen – die zur Verteidigung ihrer Einkommensprivilegien einen enormen politischen Druck ausüben werden. Der Staat wird daher immer weniger Geld für junge Familien haben.

Außer man baut das System jetzt bereits um.